

# Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

## Es geht um die Existenz der SPD! Wie für den politischen Kurswechsel eintreten?

„Die SPD muss wieder auf die Menschen hören, ihre Sorgen aufnehmen“, dafür stand die unter der Verantwortung von Kurt Beck vom Hamburger SPD-Parteitag ausgehende Neuorientierung: Schluss zu machen mit den sozialen Zumutungen, die die Menschen als ungerecht empfinden und erleiden müssen – für die notwendigen Korrekturen eintreten.

Die arbeitende Bevölkerung und Jugend in diesem Lande schöpften Hoffnung, erwarteten und forderten entschieden, dass endlich Schluss sein muss mit den andauernden Schlägen gegen ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Und dieser Wille lebt auch in dem Aufschwung von Lohnkämpfen, in denen die ArbeitnehmerInnen mit ihren Gewerkschaften nach Jahren des Lohnverlustes endlich wieder eine Stärkung ihres Reallohns und ihrer Tarifverträge erringen wollen.

Doch die Querschläge aus der Führung der SPD, von den SPD-Vertretern in der Großen Koalition gegen diese Neuorientierung, die der SPD endlich wieder eine erfolgreiche sozialdemokratische Entwicklung bringen sollte, blieben nicht aus. Mit Entsetzen mussten die SPD-Mitglieder und -WählerInnen, die GewerkschaftskollegInnen erleben, wie die „drohende“ Bildung einer SPD-geführten Regierung unter Andrea Ypsilanti mit ihrem Mandat für wirkliche sozialdemokratische Politik erst einmal torpediert wurde.

Dieser Schlag traf die gesamte SPD, ihren gerade begonnenen Aufschwung. Und sie traf den Parteivorsitzenden Kurt Beck.

Als nächstes forderten die Steinbrücks/Steinmeiers die Auslieferung der Bahn, des letzten großen Staatsbetriebes der Öffentlichen Daseinsvorsorge, an die Finanzinvestoren – weil es die Große

Koalition und weil es die EU so wollen. Damit bricht die SPD mit einer „Grundposition der deutschen Sozialdemokratie“, so der Berliner SPD-Vorsitzende Michael Müller. Das ist eine weitere Katastrophe: Für das Land und für die SPD, und auch für den SPD-Vorsitzenden.

Wird die SPD damit nicht auf den verhängnisvollen Weg der Fortsetzung jener Schröder-Agenda-„Reformen, die den Menschen Angst machen“ (Andrea Ypsilanti), und in einen weiter gehenden Prozess der Selbstzerstörung getrieben?

Wie will sich jetzt die SPD den WählerInnen z.B. im Saarland stellen, oder in den nächsten Bundestagswahlen? Wie den enttäuschten und getäuschten Menschen und ihren berechtigten Vorwürfen, ihren Nöten und Sorgen begegnen?

Kurt Beck hat deutlich gemacht, dass er diese Privatisierung der Bahn und den Bruch des Parteitagsbeschlusses ablehne, und sich nur den Zwängen der Großen Koalition gebeugt habe.

Wäre es da nicht notwendig, dass der Vorsitzende der SPD vor die Bevölkerung tritt und im Namen der SPD erklärt:

**Grundposition der SPD ist der Erhalt der staatlichen Bahn,**

eine Position, die sie mit der breiten Bevölkerungsmehrheit teilt. Die erste Aufgabe einer SPD-geführten Regierung wird es darum sein, die Beschlüsse und Schritte zur Privatisierung der Bahn aufzuheben.

So unvermeidlich das die Wut der Merkel/CDU/CSU, der Vertreter des Finanzkapitals und der entsprechenden Medien hervorrufen wird, um so sicherer wird die SPD dafür die entschiedene Unterstützung in der arbeitenden Bevölkerung und Jugend, bei der Wählermehrheit finden.

Ist nicht die beste Unterstützung für Andrea Ypsilanti und ihr entschiedenes Festhalten an dem Kampf für die Bildung einer SPD-geführten Regierung für sozia-

le Gerechtigkeit in Hessen, die von der Großen Koalition und der EU gebotene „harte Schuldengrenze“ abzuwehren, das quasi Neuverschuldungsverbot für die öffentlichen Haushalte? D.h. die öffentlichen Haushalte von Land und Kommunen so finanziell auszustatten, dass sie ihrem Auftrag für die Finanzierung der Bildung, der Öffentlichen Daseinsvorsorge, für die sozialen und öffentlichen Dienstleistungen nachkommen können – Forderungen, für die Andrea Ypsilanti angetreten ist?

Muss dafür nicht eine der ersten Maßnahmen einer SPD-geführten Regierung sein, Schluss zu machen mit den Steuergeschenken für das Große Kapital und Vermögen, die die öffentlichen Haushalte ruinieren?

Sind das nicht erste Positionen für einen Kurswechsel hin zu wirklicher sozialdemokratischer Politik, mit denen die SPD sich in den kommenden Wahlen den WählerInnen stellen sollte? Um so nach Jahren des Niedergangs wieder das Vertrauen der WählerInnen als Partei zur Vertretung ihrer Interessen zurückerobern und sozialdemokratische Mehrheiten gewinnen zu können?

Die GenossInnen der Hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative laden sozialdemokratische GenossInnen, mit ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen aus dem ganzen Bundesgebiet ein, um gemeinsam zu diskutieren, wie diese Offensive für den politischen Kurswechsel, die im Wahlkampf von der hessischen SPD mit Andrea Ypsilanti erfolgreich eröffnet wurde, von der gesamten SPD ergriffen werden kann.

CARLA BOULBOULLÉ

**(Die Versammlung der Hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative ist am 8. Juni 2008 –**

**Anmeldungen** über Michael Altmann, Kransberger Weg 6, 60439 Frankfurt/M.; michael.altmann@gmx.net)